

Bremen, Juli 1912.

No. 30.

Verhandlungen der Bürgerschaft.

Sitzung vom 6. Juli 1912.

Entschuldigt waren folgende Herren:

Abegg, Richter Dr.	Fohne, H.
Achelis, Ed.	Frande, Fritz.
Achelis, Fritz.	Frank, F. Aug.
Addicks, H.	Freese, Jac. Carl Heinr.
Apelt, Dr. jur.	Frese, Emil.
Bassermann, Herm.	Fricke, Prof. Dr.
Beeneken, C.	Garbes, Fr.
Blanke, W.	Gieschen, H.
Brasch, Herm.	Gaase, F. W.
Cramer, A. W.	Hartwig, C. G.
Davin, J.	Heidrich, C.
Depken, Joh. jun.	Henke, A.
Diez, Prof. Dr.	Hesemeyer, F.
Ehlers, B.	Jacobi, C. A.
Fette, C.	Jimmolde, Joh.

Kaemena, H.	Rösing, Johs., Synd.
Kirbig, Diedr.	Sager, H.
Kloffe, W.	Schröder, W.
Kohls, P.	Specht, Chr.
Koppelmeyer, Chr.	Speckmann, A.
Lampe, Joh.	Stichnath, C.
Liesau, Dr. med.	Strube, Dr. jur.
Madtstedt, R.	Struckmann, Helm.
Müller, H.	Tebelmann, C. A. L.
Nagel, W. R.	Tegtmeier, W.
Päpke, Prof. Dr.	Tetens, Dr. jur.
Pappier, Fr.	Vinnen, F. A.
Plath, Ad.	Waltemath, G.
Rieniets, A. G.	Waltemath, Fr.
Rodenburg, H.	

Unentschuldigt fehlte niemand.

Gegenstände der Tagesordnung:

	Verhandelt Seite		Verhandelt Seite
I. Mitteilung des Senats vom 21. Juni 1912:		7. Vertretung in den Geschäften des	
7. Antrag, betreffend Fluchtlinie für den Steffensweg von der Hansastrasse bis zum Spielplatz	562	Gesundheitsrats	571
II. Antrag, betreffend die Anstellungs- und Besoldungsverhältnisse der Handarbeitslehrerinnen	564	8. Anschaffung der für bremische Behörden erforderlichen Schreibmaschinen und Fahrräder durch eine Zentralfstelle	571
III. Antrag wegen § 8 des Gesetzes, betreffend die Kanalisation	565	VI. Mitteilung des Senats vom 27. Juni 1912:	
IV. Antrag, betreffend Staatsdarlehen an die Bremische Grundbesitzungs-Gesellschaft	567	Jahresbericht des Chemischen Staatslaboratoriums zu Bremen für die Jahre 1910 und 1911	572
V. Mitteilung des Senats vom 25. Juni 1912:		VII. Mitteilung des Senats vom 28. Juni 1912:	
1. Bauliche Veränderungen im Gerichtsgefängnis zu Bremerhaven	570	4. Angestellte der Kammer für Kleinhandel	572
2. Inventar für das Pathologische Institut	571	5. Ankauf eines Grundstücks bei den drei Pfählen	572
3. Wissenschaftliches Inventar des Pathologischen Instituts	571	6. Aufstellung eines Telephonhäuschens auf dem Bahnhofsplatz	573
4. Errichtung neuer Beamtenstellen bei der Zollverwaltung	571	7. Neue Feuerwache im Stadtteile Gröpelingen	575
5. Bessere Bewertung der Baumwollschuppen Nr. 12 und 13 in Bremerhaven	571	VIII. Anträge, die bei der Budgetberatung zurückgestellt worden sind. (N. 3. Verh. gef.)	
6. Verlegung von Gas- und Wasserleitungen auf dem früheren Widmers'schen Grundstück in der Bahr	571	IX. Mitteilung des Senats vom 19. März 1912:	
		3. Neubau des Kammergebäudes auf der Fahrparkstelle I. (N. 4. Verh. gef.)	
		X. Mitteilung des Senats vom 28. Juni u. 3. Juli 1912:	
		3. Aenderung des Einkommensteuergesetzes. (N. 3. Verh. gef.)	

Verhandelt Seite

Verhandelt Seite

XI. Mitteilung des Senats vom 26. Juni 1912:

Budget der außerordentlichen Verwendungen für das Rechnungsjahr 1912. (N. z. Verh. gef.)

XII. Mitteilung des Senats vom 2. Juli 1912:

1. Erweiterung des Elektrizitätswerks.
2. Wiederherstellung der Schleusenmittelmauer am Weferwehr.
3. Einlegung eines Doppelgleises und Baumpflanzung in der St. Jürgenstraße.
4. Pflasterarbeiten auf der Kattenturmer Heerstraße. (N. z. Verh. gef.)

XIII. Mitteilung des Senats vom 3. Juli 1912:

1. Kapelle auf dem Friedhofe in Hastedt.
2. Anlage von Spülklosetts in den dem Staate gehörigen vermieteten Räumen am Westerdeich.
3. Neubau einer 32klassigen unentgeltlichen Volksschule in der Vorstadt Gröpelingen.
4. Neubau einer 32klassigen unentgeltlichen Volksschule in der Neustadt.

5. Bauliche Änderungen im Lindenhof.

6. Erwerb von Straßengrund an der verlängerten Kurfürsten-Allee.

7. Vereinigung der Baupolizei für die Stadt und das Landgebiet.

9. Fußgängertunnel bei der Wallerstraße.

10. Erhöhung des Staatszuschusses zu den Kosten des Schulwesens in Vegehad.

11. Umbau der alten Schweine Schlachthalle auf dem Schlachthofe.

12. Budget für das Rechnungsjahr 1912.

13. Staatshaushalt für das Rechnungsjahr 1911.

14. Abrechnung, betreffend das Separatbudget der außerordentlichen Verwendungen für 1911. (N. z. Verh. gef.)

XIV. Mitteilung des Senats vom 29. Juni 1912:

Jahresbericht über das Technikum.

(N. z. Verh. gef.)

Herr Dr. Quiddé präsidiert.

Eröffnung der Sitzung 6 Uhr 23 Minuten.

Das Protokoll der vorigen Sitzung wird genehmigt.

Präsident: Eingegangen ist eine Mitteilung des Senats vom 3. Juli 1912:

1. Wiederherstellung der Schleusenmittelmauer am Weferwehr.
2. Bessere Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln.
3. Ankauf eines Grundstücks Balgebrückstraße Nr. 8.
4. Erwerb von Grundstücken an der Hemmstraße.
5. Verkauf eines Staatsgrundstücks an der Schulstraße zwischen Neustadtswall und der Großen Johannisstraße.
6. Rechnungsabluß des Schlachthofes.

Zu den oben genannten Gegenständen stimmt der Senat zu.

7. Aufschließung eines Staatsgrundstücks in der Neustadt.
8. Weitere Ueberbauung des zwischen den Grundstücken Jakobikirchhof Nr. 1, 2 und 3 liegenden öffentlichen Ganges.

Die letzten beiden Gegenstände sind neu und müssen möglichst noch vor den Ferien erledigt werden.

Zu Senatskommissaren sind bestellt worden, betreffs Budget der außerordentlichen Verwendungen für das Rechnungsjahr 1912, soweit beim Budget die Erleuchtungs- und Wasserwerke in Frage kommen, ferner Herr Senator Biermann;

betreffend Vereinigung der Baupolizei für die Stadt und das Landgebiet, Herr Senator Dr. Spitta;

betreffend Wiederherstellung der Schleusenmittelmauer Herr Bürgermeister Stadtländer, dem die Herren Oberbaudirektor Bücking und Baurat Deltjen beigeordnet sind.

Eingegangen ist eine Eingabe vom Hauptauschuß des Verbandes der bremischen Beamten wegen Nachzahlung der Gehalte. Die Eingabe ist sämtlichen Herren zugegangen und liegt in der Kanzlei zur Einsicht aus.

Nr. I der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 21. Juni 1912:

7. Antrag, betreffend Fluchtlinie für den Steffensweg von der Hanfsaßstraße bis zum Spielplatz.

Herr Buich: Herr Präsident! Meine Herren! Ich will mich so kurz fassen, wie der Senat es getan hat. Der Senat fertigt unseren Beschluß mit 3 1/2 Zeilen ab. Mit Gegengründen ist uns der Senat nicht gekommen. Folglich sollte die Bürgererschaft keine Veranlassung nehmen, von ihrem Beschlusse zurückzutreten und sollte auf ihrem gefaßten Beschlusse beharren. Ich bitte also die Bürgererschaft, auf ihrem früher gefaßten Beschlusse zu beharren.

Herr Waigand: Herr Präsident! Meine Herren! Wer sich die Häuser dort am Steffensweg vielleicht nach der letzten Verhandlung angesehen hat und an die Schnelligkeit denkt, mit der der Senat und die Deputation geantwortet haben, dem muß der Verdacht aufkommen, daß von diesen Herren niemand da gewesen ist. Ich habe die persönliche Ueberzeugung: wenn die

Herren aus der Deputation und vom Senat da gewesen wären, dann würden sie eingesehen haben, daß diese Regulierung mit geringen Mitteln auszuführen wäre. Wenn wir auf der einen Seite einen großen Garten und einen Backofen, und auf der anderen Seite zwei Häuser wegnehmen, dann müßte es möglich sein, mit geringen Mitteln diese Regulierung durchzuführen. Aber man will nicht. Es ist ja draußen in der westlichen Vorstadt, da ist so etwas nicht notwendig. Ich möchte bitten, den Antrag Busch zu unterstützen und auf dem Beschlusse zu beharren. Vielleicht wird dann wenigstens damit erreicht, daß die Herren sich die Häuser einmal ansehen.

Der Antrag Busch wird genügend unterstützt.

Herr Dr. Böhmert: Herr Präsident! Meine Herren! Herr Busch hat recht, wenn er sich darüber beklagt, daß diese ganze Sache vom Senat nur mit so wenigen Zeilen abgetan worden ist. Ich möchte einige Worte hinzufügen, weil ich glaube, daß es sich um eine Lebensfrage unseres Verkehrs handelt. Die Bürgerschaft hat sich stets auf den Standpunkt gestellt, daß es die wichtigste Aufgabe der Regulierungsdeputation ist, die hauptsächlichsten Lebensadern in der Stadt Bremen zu erhalten und zu vergrößern. Hinter dieser Aufgabe müssen alle anderen Aufgaben zurücktreten, die die Regulierungsdeputation auszuführen hat. Ein Blick auf die Karte lehrt nun, daß der Steffensweg eine der wichtigsten Lebensadern der Stadt ist. Ein ununterbrochener Straßenzug führt von der Nordstraße durch die Kieselstraße, am Spielplatz vorbei durch den Steffensweg und die Langereihe in die Mitte von Walle. Er durchschneidet einen wichtigen, neu aufstrebenden Stadtteil. Sollen wir nun in der Mitte dieser breiten Verkehrsader einen dünnen Darm übrig lassen, wo der Verkehr völlig ins Stocken geraten muß? In diesem Straßenzuge liegt z. B. die Sparkasse, die Badeanstalt, die hoffentlich bald zu einer Schwimmanstalt erweitert wird. Und wer den Steffensweg kennt, — viele Herren auf der rechten Seite scheinen ihn nicht zu kennen — der wird wissen, daß er ein wichtiges Verkehrszentrum der westlichen Vorstadt geworden ist. Hier können die Kosten nicht in Betracht kommen. Wenn wir noch lange mit der Regulierung warten, werden die Kosten nur immer größer, denn reguliert muß dieser Weg unter allen Umständen werden. Deshalb möchte ich dringend bitten, daß die Bürgerschaft den Antrag Busch möglichst einstimmig annimmt.

Herr Kalms: Herr Präsident! Meine Herren! Auch ich möchte die Bürgerschaft bitten, auf ihrem Beschlusse zu beharren. Es ist mir unerklärlich, wie die Deputation ein Bedürfnis für die Regulierung dieses Teiles des Steffensweges nicht anerkennt. Ich habe die Ueberzeugung, wenn der Steffensweg im

Osten der Stadt läge, dann wäre die Deputation schon von selbst gekommen. Aber da er im Westen liegt, erkennt man ein Bedürfnis dafür nicht an. Ich muß mich wundern, der Weg führt doch nach dem Hafen- und Industriegebiete hin, und da sollte man bestrebt sein, größere und breitere Wege zu schaffen. Und dieser Weg ist billig herzustellen. Aber nach Westen zu geschieht von der Deputation wenig. Es kommt wohl auch daher, weil die Deputation in ihrer Mehrzahl aus Mitgliedern zusammengesetzt ist, die in der östlichen Vorstadt wohnen, und aus diesem Grunde haben sie für die westliche Vorstadt wenig über. (Widerpruch.) Ich habe wiederholt bemerkt, daß ein Grundstück an der Oslebshausen-Chaussee, Nr. 32, das der Staat erworben hat, notwendig einer Regulierung unterworfen werden muß. Früher hieß es immer, es wäre mit dem Eigentümer nicht fertig zu werden, und jetzt hat es der Staat, und es ist ein Stehimwege geblieben immer noch. Ich hoffe aber, daß der Staat diesen Stehimwege nun bald verschwinden läßt.

Präsident: Herr Kalms, ich nehme an, daß Sie den Mitgliedern der Deputation nicht haben den Vorwurf machen wollen, daß sie absichtlich einzelne Stadtteile bevorzugen und andere vernachlässigen.

Herr Kalms: Nein.

Herr Lauts: Herr Präsident! Meine Herren! Nachdem der Präsident soeben diese Erklärung abgegeben hat, brauche ich nicht weiter darauf zurückzukommen. Ich möchte nur erwähnen, daß mir niemand nachweisen kann, daß ich als Rechnungsführer der Deputation für die Stadterweiterung irgendwelche Parteilichkeit für einen Stadtteil eingenommen habe. (Zustimmung.) Ich habe in jeder Weise die Interessen des Verkehrs wahrgenommen, mag das die östliche oder westliche Vorstadt gewesen sein, und ich möchte Herrn Kalms bitten, mir Beispiele zu nennen, wo das nicht der Fall war.

Ebenso sagt Herr Waigand, es wäre keiner von der Deputation dagewesen und hätte sich die Straße angesehen. Ich habe mich persönlich überzeugt von den Verhältnissen dort. Die Deputation hat die Sachen eingehend geprüft, und an Hand der Pläne, welche vorgelegt haben, haben wir festgestellt, wie groß die Kosten sein würden. Wir sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Streckenersparnis nicht im Verhältnis steht zu den hohen Kosten, die dafür aufgewendet werden sollen. Es sind verschiedene Wirtschaften da, wo wir die Konzession mit bezahlen müßten. Es würde also viel kosten, und die Kosten würden nicht im Verhältnis stehen zu den 80 Metern, welche an Streckenersparnis erzielt werden. Ich habe bereits früher über die Sache gesprochen, so daß es nicht notwendig ist, jetzt weiter darauf zurückzukommen.

Herr Heinken: Herr Rechnungsführer Lauts hat uns vorgerechnet, daß uns die Regulierung zu teuer kommen würde im Gegensatz zu der Streckenersparnis. Im Augenblicke mag das sein. Wenn die Fluchtlinie eingeführt wird, dann haben wir noch 10 Jahre Zeit, ehe eine Regulierung eintritt, und wenn die Fluchtlinie nicht gelegt wird, dann kann der Rechnungsführer versichert sein, daß die Preise in der dortigen Gegend steigen werden, und wenn wir jetzt mit 40—50 000 M. die Regulierung ausführen können, wird sie uns in 20 Jahren das Doppelte kosten. Ich habe die feste Ueberzeugung, daß die dortige Straße reguliert werden muß, und je eher, je lieber, wir sparen dadurch. Ich möchte also bitten, auf dem Beschlusse zu beharren.

Herr Dr. Böhmert: Ich habe von Herrn Lauts darüber eine Erklärung vermißt, ob er meint, daß man der Regulierung des Steffensweges überhaupt entgegen könne. Was die Kosten anbelangt, so will ich zugeben, daß sie wegen der unglücklichen Lage der Wartburgstraße zum Steffensweg sehr groß sein werden. Es würden einige Grundstücke übrig bleiben. Es wäre die Frage zu prüfen, ob man nicht das bisherige Enteignungsgezet in der Richtung ändern will, daß auch eine Zonenenteignung vorgenommen werden könnte. Wenn wir in den Stand gesetzt werden, noch mehr Grundstücke zu enteignen, als für die Straße notwendig sind, so würden durch eine gute Verwertung der Restgrundstücke oder größerer Teile die Kosten wieder eingebracht werden können. Allerdings wäre dann eben eine Aenderung des Enteignungsgezetes in der Richtung notwendig, daß eine Zonenenteignung zugelassen wird.

Der Antrag Busch wird angenommen.

Nr. II der Tagesordnung:

Antrag, betreffend die Anstellungs- und Besoldungsverhältnisse der Handarbeitslehrerinnen.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Schuldeputation mit einem Bericht darüber zu beauftragen, in welcher Weise die Anstellungs- und Besoldungsverhältnisse der Handarbeitslehrerinnen an bremischen Volksschulen zweckmäßig neu zu regeln sind.

Herr Hormann: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Herren! Ich bin mehrfach gefragt worden, ob ich die erst kürzlich festgesetzten Gehälter der Handarbeitslehrerinnen abgeändert haben wollte. Das ist natürlich nicht der Fall. Es handelt sich darum, daß die Anstellungsverhältnisse der Handarbeitslehrerinnen geregelt werden.

Nach einer Statistik, die mir — allerdings aus dem Jahre 1908 — vorliegt, werden die Handarbeitslehrerinnen durchschnittlich mit dem 31. Lebensjahre

angestellt. Wenn die jungen Damen mit dem 19. oder 20. Lebensjahre abgehen, und das ist die Regel, dann müssen sie eine Vertretungszeit bis zu 10 und mehr Jahren durchmachen, ehe sie überhaupt fest angestellt werden. Nun soll die offizielle Hilfslehrerinnenzeit 4 Jahre betragen. Aber die Vertretungszeit wird nur dann voll gerechnet, wenn die Handarbeitslehrerinnen wöchentlich 28 Stunden geben, und das ist in den meisten Fällen nicht der Fall. Es scheint, da die Praxis zu bestehen scheint, daß man die zu erteilenden Handarbeitsstunden an alle ausgebildeten Handarbeitslehrerinnen, soweit sie sich bewerben, verteilt, so daß auf die einzelnen eine verhältnismäßig geringe Zahl von Stunden kommt.

Nun hat augenscheinlich die Schuldeputation selbst eingesehen, daß es so nicht weiter gehen kann. 1910 hat sie festgesetzt, daß 16 Stunden für eine Woche, und je 41 Wochen zu 16 Stunden für ein Jahr gerechnet werden sollen. Es wäre nun schön, wenn das ohne weiteres geschähe, es ist aber so, daß in den einzelnen Fällen die Handarbeitslehrerinnen erst darauf aufmerksam machen müssen, damit ihnen diese Zeit angerechnet wird, und darum kommen Ungleichmäßigkeiten auch jetzt noch vor. Ich meine, daß derartiges vermieden werden sollte.

Dann sind bekanntlich die Stundenlöhne für die Hilfs-handarbeitslehrerinnen festgesetzt worden auf 42 bis 54 M. Sie bekommen 6 Alterszulagen zu 2 M. nach je einem Jahre. Die vertretenden Hilfs-handarbeitslehrerinnen bekommen diese Sätze aber nicht, sondern niedrigere. Das ist um so unangenehmer, als die Handarbeitslehrerinnen an verschiedenen Schulen tätig sind und weite Wege zu machen haben, so daß die Vergütung nach meinem Dafürhalten nicht genügt und Unzufriedenheit in den Kreisen der Handarbeitslehrerinnen erregt.

Es ist bedauerlich, daß nicht ganz bestimmte Normen geschaffen worden sind. Es ist vorgekommen, daß eine Handarbeitslehrerin nach 10 Dienstjahren angestellt wurde, nachdem sie seit 12 Jahren vom Seminar abgegangen war, eine andere nach 9 Dienstjahren, nachdem sie seit 13 Jahren vom Seminar abgegangen war. Da müßten sich doch Normen schaffen lassen, die dann aber auch durchgeführt werden müßten und nicht erst auf ein besonderes Gesuch hin.

Dann müßten Normen geschaffen werden für die Handarbeitslehrerinnen, die an Privatschulen tätig gewesen sind. Bei der einen werden die Dienstjahre angerechnet, bei der anderen nicht. Ich glaube, daß derartiges beseitigt werden müßte.

Das sind im großen und ganzen die Gründe, weshalb ich auf Wunsch der Handarbeitslehrerinnen diesen Antrag gestellt habe. Ich glaube, daß es nicht schwer fallen wird, die Uebelstände zu beseitigen; bei einigem guten Willen sollte es möglich sein. Ich möchte daher bitten, meinen Antrag anzunehmen, wodurch der Senat

ersucht wird, der Bürgerschaft einen Bericht zugehen zu lassen, in welcher Weise diese Verhältnisse zu regeln sind. (Zustimmung.)

Der Antrag des Herrn Hormann wird angenommen.

Nr. III der Tagesordnung:

Antrag wegen § 8 des Gesetzes, betreffend die Kanalisation.

Die Bürgerschaft beauftragt die Kommission wegen Deckung der Kosten der Kanalisation, die Unterlagen zu § 8 des Gesetzes betreffend die Kanalisation vom 8. Juni 1912 einer Nachprüfung dahin zu unterziehen, ob — wie es scheint — Irrtümer dabei vorgekommen sind. In diesem Falle erwartet die Bürgerschaft einen Antrag auf Abänderung der in § 8 genannten Abgabensätze.

Präsident: Herr Koch, würde es nicht zweckmäßig sein, wenn der Senat ersucht würde, sich bei diesen Verhandlungen kommissarisch vertreten zu lassen?

Herr Koch: Ja, das habe ich eigentlich vorausgesetzt.

Ich bin mir bewußt, daß es zwingende Gründe sein müssen, welche die Bürgerschaft veranlassen können, ein Gesetz, welches erst vor so kurzer Zeit verabschiedet ist, zu revidieren. Derartig zwingende Gründe liegen in diesem Falle vor. Es handelt sich um den § 8, welcher die Industrie für ihre Abwässer mit 1, beziehungsweise $\frac{1}{4}$ M belastet als Supplement über die übrige Belastung, welche dieses Gesetz der Allgemeinheit bringt und wodurch die Industrie mit ihren großen Gebäudesteuerwerten und langen Fronten an der Straße schon stark belastet wird. Diese Extrabelastung ist uns im Kommissionsberichte angegeben worden mit 52 000 M , von welcher Summe je 3000 M abgehen für die Erleuchtungs- und Wasserwerke und für den Schlachthof, so daß 46 000 M auf die Privatindustrie entfallen durch diese 1-, beziehungsweise $\frac{1}{4}$ -Pfennigbestimmung. Die Kommission sagt nun in ihrem Berichte auf Seite 9, daß dieser Betrag von 46 000 M derjenige sei, der sich im ersten Jahre ergeben würde, daß aber im Laufe der Jahre sich diese Summe ermäßigen würde, jemehr die Industrie Gebrauch mache von ihrer Befugnis, zu der $\frac{1}{4}$ -Pfennigbelastung überzugehen, indem sie sich eigene Kanäle baut. Wir haben hier in diesem Sinne dem Gesetze zugestimmt; in diesem Sinne hat die Kommission daselbst hier eingebracht und in diesem Sinne hat auch der Senat beige stimmt. Nachdem dann das Gesetz publiziert worden war, ist an die Gewerbekammer und Handelskammer von seiten der hiesigen Industrie herangetreten worden mit der Erklärung: die Summe ist nicht richtig, die 1- und $\frac{1}{4}$ -Pfennigbelastung macht für uns ganz wesent-

lich größere Summen aus. Daraufhin habe ich zunächst mit einigen Herren diesen Antrag eingebracht, und dann haben Vertreter der Gewerbe- und Handelskammer eine gemeinschaftliche Sitzung abgehalten, in welcher das Material, welches sich aus einem von uns an die hiesigen Fabriken gesandten Fragebogen ergab, geprüft worden ist. Zu dieser Sitzung hatten wir auch Herrn Hagemeyer als Vorsitz der Kommission eingeladen, und ich kann die Mitteilung machen, daß das Resultat das gewesen ist, daß nicht nur wir alle, sondern auch Herr Hagemeyer davon überzeugt sind, daß hier Irrtümer vorgekommen sind, daß die Zahlen, welche die Beamten der Baudeputation der Kommission übergeben haben, nicht richtig sind. Sie sind geschätzt worden, aber falsch. Es sind hier in Bremen eine ganze Reihe industrieller Etablissements, welche über 1 Million (sogar bis zu 7 Millionen) Kubikmeter Wasser verbrauchen und den Kanälen zuführen. Die Belastung dieser Fabriken würde eine enorme sein, jedenfalls eine solche, wie es weder die Kommission, noch der Senat, noch die Bürgerschaft bei ihren Beschlüssen über dieses Gesetz geahnt haben. Es ist ferner bei dem Erlaß des Gesetzes weder die Gewerbekammer noch die Handelskammer zu einer gutachtlichen Äußerung aufgefordert worden, wie es die Verfassung vorschreibt. Das ist versäumt worden, und dadurch erklärt es sich, daß wir nun an eine Änderung des Gesetzes herantreten müssen. Der Fehler beruht natürlich lediglich auf einer falschen Schätzung der Beamten und dann hier auf unserer und des Senats Leichtgläubigkeit, daß wir den Bericht für richtig gehalten haben. Ich bitte, den Fehler abzustellen dadurch, daß Sie meinen Antrag annehmen, und ich erwarte, daß durch die Beamten, welche jetzt mit der Prüfung der Verhältnisse beauftragt sind — wie das Gesetz vorschreibt, die Beamten der Baudeputation und der Gewerbeinspektion — die Quantitäten Wasser festgestellt werden und das Resultat sowohl der Kommission als auch der Gewerbekammer und der Handelskammer übermittelt wird, damit dort entsprechende Beschlüsse gefaßt und dann hier vorgelegt werden können. Außerdem erwarte ich, daß die Einziehung dieser Steuern, da ein offener Fehler vorliegt, so lange hinausgeschoben wird, bis die Sache geklärt ist.

Präsident: Ich nehme an, daß Sie die erweiterte Kommission meinen. Die frühere Kommission bestand zuerst aus 9 Mitgliedern, und nachher wurde sie auf 15 Mitglieder erweitert. (Zustimmung.)

Herr Hagemeyer: Herr Präsident! Meine Herren! Die Angaben, die der Kommission seitens der Behörde und der Beigeordneten gemacht worden sind, sind natürlich auf Grund vorsichtiger Schätzungen gemacht, und wenn sich herausstellt, daß etwas mehr herauskommt, als diese Schätzungen angeben,

so würde das kein Grund sein, diesen Paragraphen zu revidieren. Aber wenn infolge der technischen Verhältnisse die Sache so abnorm liegt, daß die Schätzungen der Beamten auf 1 Million lauten, sich aber etwa 7 Millionen ergeben, so ist das Grund genug, die Sache noch einmal zu prüfen, und ich möchte Sie bitten, dem Antrage Koch zuzustimmen.

Herr Bruns: Ich bitte, dem Antrage von Herrn Koch zuzustimmen. Ich kann nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, wie gefährvoll es ist, solche Gesetze von einer bürgerchaftlichen Kommission ausarbeiten zu lassen. Es ist sehr auffallend, wie die Elektrizitäts-, die Wassermesser- und die Kanalvorlage wesentlich durch die Bürgerchaft geändert sind. Nach meiner Meinung sind die berufenen Organe für die Ausarbeitung der Gesetzentwürfe der Senat beziehungsweise die Senatsbeamten, und es müßte ein Gesetz, welches nach dem Vorschlage der Kommission abgeändert werden soll, mit den Richtlinien an die Deputation zurück, um dort noch einmal befehen, respektive abgeändert zu werden. (Herr Hagemeyer: Danke, Herr Bruns!)

Herr Otten: Vielleicht ließen sich dann in der Kommission noch einige andere Fragen erörtern. Es wäre vielleicht ganz zweckmäßig, wenn das ganze Gesetz zur nochmaligen Beratung an die Kommission verwiesen würde. Es kommen verschiedene Härten darin vor, wie von Herrn Koch geschildert worden ist. Ich bin fest überzeugt, die Angaben der Baukommission werden sich nicht in allen Fällen als richtig erweisen. Ich möchte also die Frage anregen, ob es nicht zweckmäßig ist, das ganze Gesetz zurückzuverweisen. (Weiterkeit.)

Herr Behle: Nach den ausführlichen Darlegungen, die Herr Koch gegeben hat, muß ich erklären, daß es nötig ist, daß die Härten nochmals nachgeprüft werden. Im Gegensatz zu Herrn Bruns muß ich sagen, daß die zuständige Stelle, die er haben will, auch kein anderes Material bekommen hätte, als die Kommission. Einmal waren in der Kommission zwei Herren vom Senat und die beiden technischen Beamten vertreten, so daß diese Unterlagen für die Kommission genügen mußten. Also wenn der Senat allein ein solches Gesetz ausarbeitete, würde er auch auf die technischen Beamten angewiesen sein, aus diesem Grunde würde nichts anderes herauskommen. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß Gesetzesvorlagen selbstverständlich von den Mitgliedern der Bürgerchaft unter Hinzuziehung des Senats und der technischen Beamten ausgearbeitet werden müssen.

Herr Kalms: Der Antragsteller Herr Koch hat bemerkt, daß die Handels- und die Gewerbekammer nicht befragt worden seien. In diesem Falle wäre es auch wohl richtig gewesen, wenn die Kammer für Land-

wirtschaft befragt wäre, weil der § 7 für unbebaute Grundstücke in Frage kommt, und es wäre wünschenswert, wenn dieser Paragraph auch einer Revision unterzogen würde.

Herr Bruns: Herr Behle wird mich nicht von meiner Meinung abbringen können. Ich halte das für richtig. Diese Fälle wären nicht vorgekommen, wenn der Senat resp. die Deputation das Gesetz allein ausgearbeitet hätte, denn der Senat würde sich unzweifelhaft der Organe erinnern haben, der Handelskammer und der Gewerbekammer. In dieser Art ist es jetzt gewöhnlich gemacht, daß bürgerchaftliche Kommissionsmitglieder diese Gesetze ausgearbeitet haben. Das Baugesetz ist auch in einer Kommission bearbeitet und von der Kommission vorgelegt worden. Und wie sieht es aus?

Herr Hormann: Diese Auffassung von Herrn Bruns kann ich nicht teilen. Dann hätten wir es furchtbar einfach: Wenn wir eine Gesetzesvorlage vom Senat bekämen, bräuchten wir sie nicht weiter anzusehen, sondern nur zu sagen: Siehe da, es ist alles sehr gut! Dafür haben wir aber die Bürgerchaft, und dazu setzen wir eine Kommission nieder, daß sie die Vorlagen prüft und abändert, was abzuändern ist. Das hat auch die Kommission getan, und ihr ist verschiedentlich der wohlverdiente Dank abgestattet worden. Daß sich in einem Gesetze Härten finden, das ist selten ganz zu vermeiden. Herr Koch hat auch hier auf wahrscheinliche große Härten hingewiesen; die müssen geprüft werden. Ich mache darauf aufmerksam, daß sich auch in den Vorlagen des Senats oft Härten finden, die sich bei der Anwendung der Gesetze erst herausstellen, und dann ist es Zeit, das Gesetz zu ändern. Ich möchte doch bitten, in Zukunft die alte Praxis zu beobachten und abzuändern, was zu ändern ist. (Bravo!)

Herr Bruns: Ich muß bei meiner Meinung bleiben. Wenn Herr Hormann an dem Gesetz wegen der Wassermesser mitgearbeitet hätte, so würde er wissen, daß das eine Arbeit von bürgerchaftlichen Mitgliedern, besonders von Herrn Hagemeyer ist. Solche Arbeit ist Arbeit des Senats, die ist nicht von Bürgerchaftsmitgliedern zu erwarten. Herr Hagemeyer hat das Gesetz gemacht. Diese Ausarbeitungen mußten aber von juristischen Beamten und nicht von Privatleuten geschehen.

Herr Kalms: Ich stelle den Antrag, daß auch § 7 einer Revision unterzogen werde.

Präsident: So allgemein können Sie das hier nicht beantragen zu dem besonders motivierten Antrage, den § 8 zu revidieren. Dieser Antrag ist gestellt mit Rücksicht darauf, daß Irrtümer vorgekommen seien.

Bei der Gelegenheit können Sie nicht beantragen, auch andere Paragraphen zu revidieren, auf welche die Begründung nicht zutrifft.

Die Verhandlung ist geschlossen.

Der Antrag noch wird angenommen.

Nr. IV der Tagesordnung:

**Antrag, betreffend Staatsdarlehen
an die Bremische Grundbeleihungsgenossenschaft.**

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Finanzdeputation mit einem schleunigen Bericht darüber zu beauftragen, ob es sich empfiehlt, der Bremischen Grundbeleihungsgenossenschaft ein Darlehen im Betrage von 100 000 M. zu 4 % Zinsen unter Kontrolle des Staates zu überweisen.

Herr Heinken: Auf Zweck und Ziel der hiesigen Grundbeleihungsgenossenschaft brauche ich hier in der Bürgerschaft nicht weiter einzugehen, die sind in vollem Maße bekannt. Als die Grundbeleihungsgenossenschaft vor 4½ Jahren gegründet wurde, bestand schon eine Kalamität darin, daß zweite Hypothekengelder bei kleinen und mittleren Häusern kaum zu beschaffen waren, namentlich für Arbeiterwohnungen. Aus dieser Not heraus wurde die Grundbeleihungsgenossenschaft gegründet, und diese hat als solche ihr ganzes Können während der Zeit eingesetzt. Und weil ihre Mittel nicht reichten, hat sie versucht, Männer willig zu machen, Geld für zweite Hypotheken zu geben. Dadurch ist manches Familienunglück und Not gelindert, und ich möchte von dieser Stelle aus meine besondere Anerkennung denjenigen ausdrücken, die dem Unternehmen Gelder gegeben haben. (Beifall.) Ich meine, die Angelegenheit hat sich jetzt so zugespitzt, ist so ernst geworden, daß Senat und Bürgerschaft unmöglich mir nichts dir nichts daran vorübergehen können, und jedenfalls ist die Sache der Prüfung wert, namentlich darum, weil schon 36 deutsche Städte die Angelegenheit in ihren Gemeinden und Kollegien, die maßgebend sind, beraten haben und zu Einrichtungen gekommen sind, die darauf abzielen, die Not zu lindern. Es sind dies namentlich die Städte Aachen, München, Altona, Barmen, Berlin, Braunschweig, Kassel, Charlottenburg und noch eine ganze Menge: Mainz, Nürnberg, Plauen, fast sämtliche deutsche Städte kann man sagen, haben diese Angelegenheit in den Kreis ihrer Beratung gezogen, und namentlich sind es die Städte Köln und Krefeld. Krefeld hat in den letzten zwei Jahren für zweite Hypotheken 414 175 M. gewährt, Plauen im Vogtlande 294 000 M., außerdem 84 200 M. über die zulässige Grenze, und zuletzt hat noch Wilhelmshaven in der letzten Zeit den Beschluß gefaßt, bis 85 % des Wertes aus städtischen Mitteln zu beleihen. Sie sehen, daß es eine Frage ist, die es wert ist, daß wir den

Senat bitten, in dieser schweren Angelegenheit uns einen Bericht zu geben. Ich möchte Sie bitten, dem Antrage Ihre Zustimmung zu erteilen.

Herr Richter v. Spretkelsen: Herr Präsident! Meine Herren! Ich bitte, dem Antrage zuzustimmen. Seit Jahren besteht auf dem Grundstücksmarkt die Erfahrung, daß es den Besitzern namentlich kleiner Häuser außerordentlich schwer fällt, zweite Hypotheken zu angemessener Verzinsung zu beschaffen. In vielen Fällen ist es so gekommen, daß solchen Leuten die zweite Hypothek gekündigt ist, und daß, wenn sie sich eine neue überhaupt nicht oder nicht rechtzeitig beschaffen konnten, die Zwangsversteigerung des Grundstücks erfolgte oder sie das neue Geld nur mit einer unverhältnismäßig hohen Courtage an den Vermittler erhalten konnten. Darum ist es außerordentlich dankenswert, daß vor mehreren Jahren die Bremische Grundbeleihungsgenossenschaft gegründet wurde, um diesem Mißstand entgegenzuarbeiten. Wer die Jahresberichte der Genossenschaft mit Aufmerksamkeit durchgelesen hat, wird gefunden haben, daß sie segensreich gewirkt hat. Sie hat im ersten Jahre ihres Bestehens 14 800 M. in fremde Häuser gegeben, im Jahre 1911 84 000 und einige hundert Mark. Daneben hat sie durch ihre Vermittlung dafür gesorgt, daß derartigen kleinen Grundbesitzern die Möglichkeit gegeben wurde, von dritter Seite Geld zu erhalten. Nun ist allerdings die Summe von 84 200 M. gering, wenn man bedenkt, wie außerordentlich groß die Summe ist, welche als zweites Hypothekengeld selbst nur in kleinen Grundstücken investiert ist. Nach der Zahl der Genossen der Gesellschaft und nach den verfügbaren Mitteln der Genossenschaft ist es ihr aber zurzeit nicht möglich, noch in wesentlich weiterem Umfange Darlehen in der bisherigen Weise zu vergeben. Da handelt es sich nun um die Frage: Was ist zu tun, um dem Mißstand abzuheben, und ob es vielleicht möglich ist, der Genossenschaft irgendwie eine staatliche Unterstützung zu gewähren. Ob es überhaupt Aufgabe des Staates ist, in dieser Weise irgend etwas zu tun, mag zunächst zweifelhaft sein, der eingeforderte Bericht wird aber in dieser Beziehung die nötige Aufklärung bringen. Ich möchte die Bürgerschaft ersuchen, dem Antrage des Herrn Heinken zuzustimmen und damit zunächst zu dokumentieren, daß die Bürgerschaft diese Frage als wichtige ansieht und wünscht, daß sie von den zuständigen Behörden geprüft wird.

Herr Bruner: Es wird wohl niemand in der Bürgerschaft sein, der die Genossenschaft nicht als eine außerordentlich segensreiche Einrichtung ansieht, der ihr nicht allen Erfolg wünscht und hofft, daß sie ihre Tätigkeit immer weiter ausdehnt. Ob es aber richtig ist, den Staat hier heranzuziehen, ist sehr die Frage. Wir dürfen nicht vergessen, daß die bremischen Finanzen augenblicklich schlecht sind, da wir das Gleichgewicht

des Budgets nur dadurch aufrecht erhalten, daß wir die Steuerschraube immer fester anziehen. Ferner mache ich aufmerksam auf die alte Erfahrung, speziell in Bremen: das Privatkapital interessiert sich nur für Veranstaltungen, und das Interesse dafür wird nur wach gehalten, wenn man von vornherein der Ueberzeugung ist, daß solche Gründungen auf eigenen Füßen stehen müssen. Ich bin auch fest davon überzeugt, daß aus der opferwilligen Kaufmannschaft, aus dem Privatkapitalisten und anderen Kreisen heraus der Genossenschaft eine weitere Anzahl von Stiftern beitreten werden, daß sie in diesen Kreisen ein großes, starkes Interesse finden wird. Aber ich mache auf die große Gefahr aufmerksam, die darin liegt, wenn man den Staat heranzieht, denn in diesem Falle dämpft man das Interesse der Privatreise. Ich mache ferner auf die Konsequenzen aufmerksam, wenn man für derartige gemeinnützige Institute von Staats wegen Geld herleiht, den Staat heranzieht mit Geld, das nur schwer aufzubringen ist, das im Augenblick nicht zu entbehren ist. Ich weise auf die Erfahrung hin: wenn Privatinteressenten erfahren oder mutmaßen, daß der Staat schließlich im letzten Augenblick einspringt, so ziehen sie sich einfach zurück, und jeder sagt sich: Der Staat wird das schon in Ordnung bringen. Aus diesem Gesichtswinkel halte ich es nicht für richtig, hier die Hilfe des Staates anzurufen, und bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Herr Hagemeyer: Herr Heinken hatte die Güte, mich vorher zu orientieren. Als ich seinen ersten Antrag sah, sagte ich ihm, daß es so nicht ginge, daß die Bürgerschaft einfach 100 000 M bewillige, sondern ich riet ihm, sich an die Finanzdeputation mit einem Bericht zu wenden. Nun habe ich mich zum Wort gemeldet, weil sich der Rechnungsführer der Finanzdeputation eben ablehnend ausgesprochen hat, ich also Herrn Heinken an eine falsche Adresse geschickt habe. Ich meine, Herr Präsident, meine Herren, wir müssen gerade auf diesem Gebiet der Gesellschaft helfen, auch wenn die Finanzen noch schlechter wären. (Sehr richtig!) Bei der Beratung der Kanalssteuer und anderer Steuern ist behauptet worden, daß den kleinen Grundstücksinteressenten das Leben sehr erschwert werde. Das habe ich nie bezweifelt. Aber ich habe immer gesagt: Es geht nicht anders, weil wir Geld haben müssen. Wenn wir der Genossenschaft jetzt mit 100 000 M helfen können, so sollten wir es tun, genau so, wie wir für die Kunsthalle 40 000 M bewilligt haben und anderen Instituten, Krankenanstalten und Theater usw. helfen, damit sie leben können. Ich fürchte auch nicht, wie Herr Gruner, daß die Privatinitiative zurückgeschreckt wird, wenn der Staat helfend eingreift. Im Gegenteil: ich verspreche mir davon, daß, wenn der Staat die Sache unterstützt, dann auch Privatreise

Vertrauen zu der Sache bekommen, sie fördern und sich sagen: Wenn Senat und Bürgerschaft sagen, die Sache ist gut, sonst würden sie nicht 100 000 M bewilligt haben, da können wir uns auch beteiligen. Ich möchte Herrn Gruner bitten, trotz seiner Bedenken die Sache zu fördern.

Herr Rhein: Im Gegensatz zu den Herren Gruner und von Spreckelsen bin ich der Meinung, daß der Staat auf diesem Gebiet etwas zu tun verpflichtet ist, und wir gehen sogar noch weiter und fordern, daß der Staat, wenigstens soweit Arbeiter in Frage kommen, die Sache in die Hand nehmen und Arbeiterwohnungen herstellen, den Arbeitern billige Wohngelegenheiten bieten müßte. Wenn wir also weitergehen, als der Antrag, so werden wir dem Antrag doch zustimmen, weil auch wir die segensreiche Tätigkeit der Genossenschaft nicht aberkennen wollen und es sich heute nur darum handelt, von der Finanzdeputation einen Bericht zu fordern. Von dem Bericht hängt es ab, uns darüber zu entscheiden, wieweit der Staat engagiert werden kann. Jedenfalls sind wir aber verpflichtet, etwas zu tun.

Herr Heinken: Herr Präsident! Die Befürchtungen des Herrn Gruner teile ich nicht, und sie werden auch von der Majorität der Bürgerschaft nicht geteilt werden. Ich möchte Herrn Gruner bemerken, daß der große Staat Preußen eine Zentralgrundbeleihungsgenossenschaft mit 75 Millionen Mark Kapital gegründet hat, und an diese lehnen sich sämtliche Genossenschaften an. Eine Gefahr bedeutet das Darlehen für den Staat nicht, denn das Geld wird mit 4 % verzinst, und Sicherheit ist völlig vorhanden. Ferner möchte ich auf Hamburg aufmerksam machen. Hamburg hat durch Gesetz vom 21. Mai 1902 einen Betrag von 1 200 000 M einer Deputation zur Verfügung gestellt, um damit Arbeitern und andern kleinen Leuten Geld in die mittleren und kleinen Häuser zu geben, solche Häuser zu bauen. Auch in Hamburg hat man keine üblen Erfahrungen gemacht. Herr Gruner glaubt, die Privattätigkeit würde dadurch gehemmt. Wenn aber Herr Gruner einen Blick in die Zeitungen wirft, so kann er tagtäglich lesen, daß immer wieder Gesuche in den Zeitungsannoncen stehen, wonach zweite Gelber gesucht werden. Daß ein großes Bedürfnis dafür vorhanden ist, ist also sicher. Wenn wir uns nun aber in die Lage eines kleinen Handwerkers oder eines Arbeiters versetzen, dem das zweite Geld gekündigt wird, und er hat keinen Freund, wo er es wieder anleihen kann, dann steht die Zwangsversteigerung vor der Tür. Das ist nicht im Interesse des Staates. Andere Städte und Kommunen haben den Weg beschritten, den wir vorschlagen und zwar ohne Gefahr. Bremen kann die Gefahr ruhig auf sich nehmen.

Wenn der Staat der Genossenschaft in dieser Weise entgegenkommt, so wird er das nach meiner Ueberzeugung nie zu bedauern haben.

Herr Bley: Herr Präsident! Meine Herren! Ich freue mich, daß Herr Heinken den Antrag eingebracht hat. Es ist Tatsache, daß leider Geld für unsere Einrichtung schwer zu beschaffen ist. Früher hatte ich gehofft, daß in Privatreisen das Interesse dafür sich mehren würde, nachdem sich herausgestellt hat, daß die Genossenschaft lebensfähig ist. Leider ist aber das Interesse der Privatreise noch nicht sehr groß. Die Anträge auf zweite Gelder mehren sich von Tag zu Tag, und es sind meist Anträge, die wir nicht gut von der Hand weisen können. Einen Fall möchte ich hier zur Sprache bringen, der heute gestellt wurde. Es handelt sich um ein Haus am Schwarzen Meer — die Nummer weiß ich für den Augenblick nicht. Das Haus ist in gutem Zustande, das Taxat ist 6200 M., und dasselbe ist vor zwei Jahren mit 6500 M. gekauft. Der Mann — es ist ein kleiner Beamter — braucht 1000 M. nach 2700 M., das Haus würde also mit 3700 M. belastet sein, was, da das Taxat 6200 M. beträgt, nur wenig über die Hälfte ist. Der Mann kann das Geld aber nicht bekommen. Wir richten uns auch nach dem Mietwert und sehen uns auch die Leute an, ob sie imstande sind, zu wirtschaften. Der Mietwert dieses Hauses beträgt 420 M., und da kann das Haus doch unbedingt bis 3700 M. beliehen werden. Solche Fälle kommen aber oft vor. Aber kleine Beträge zwischen 500 und 1500 M. werden von privater Seite fast nie gegeben, weil sie zu klein sind, kein Privatmann will solches Geld geben, er will nicht die Lauferei mit den kleinen Zinszahlungen haben. Darum werden die Leute einfach abgewiesen. In den 4½ Jahren ihrer Tätigkeit hat die Genossenschaft keine Verluste gehabt, wird solche auch ferner nicht haben, und sie hat den Beweis erbracht, daß sie lebensfähig ist. Wir nehmen 5 und geben 4%, wozu wir imstande sind, denn unsere Unkosten sind gering, nur müssen wir 200 M. für die Buchhaltung geben, weil dazu eine sehr gewissenhafte Persönlichkeit gehört. Wenn nun jemand sagt, wir wollten mit aller Gewalt den Leuten Grund und Boden verschaffen, so ist das nicht richtig: wir wollen nur den Leuten, die Grund und Boden haben, diesen zu erhalten suchen. Wir halten das für unsere Pflicht, und das liegt auch im Interesse des Staates. Und so hoffen wir, daß der Staat der Genossenschaft die 100 000 M. zubilligt. Ich will ferner noch bemerken, daß wir gar nicht wünschen, daß wir die Summe auf einmal bekommen, sondern es genügt, daß wir sie ratenweise erhalten. Ich nehme an, daß das Publikum dann auch mehr Interesse für die Sache zeigen wird wie seither, denn daß ein sozialer Sinn in Bremen herrscht, ist bekannt. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Es bedarf

nur der Anregung. Ich bitte Sie, den Antrag anzunehmen.

Herr Gruner: Herr Präsident! Meine Herren! Bei der großen Geneigtheit aller Vorredner, den Antrag anzunehmen, erscheint es heute abend nicht angebracht, noch dagegen anzugehen. Herrn Hagemeyer möchte ich nur erwidern, daß es unrichtig ist, Krankenhäuser und Theater und derartige Unternehmungen in Vergleich mit einer solchen Genossenschaft zu stellen. Das sind jedenfalls zwei ganz verschiedene Sachen: Krankenhäuser in Gang zu halten, ist der Staat verpflichtet, die Genossenschaftsbank dagegen — nun darüber streiten wir uns eben vorläufig noch, ob der Staat die Verpflichtung hat, hier einzugreifen. Ich glaube es nicht. Im übrigen meine ich, daß, wenn die Genossenschaft Erfolg hat, was wir ihr alle wünschen, und wir mit 100 000 M. Unterstützung anfangen wollten, wir sehr bald noch ein erheblich größeres Kapital aufwenden müßten. Der Vergleich mit Preußen, den Herr Heinken gezogen hat, hinkt. Preußen hat z. B. aus der Alters- und Invalidenversicherung große Einnahmen, einen großen Kapitalbestand, der belegt werden muß, wir aber müßten die Mittel zur Unterstützung aus Anleihen nehmen und würden damit unsern Kredit, den wir für andere Zwecke bitter nötig haben, schmälern. Das ist ein großer Unterschied zwischen Preußen und uns und wahrscheinlich den meisten Staaten. Ich möchte aber unterlassen, darauf weiter einzugehen, da der Antrag wahrscheinlich doch angenommen werden wird. Warten wir ab, was die Finanzdeputation berichtet.

Herr Dr. Böhmert: Nur wenige Worte. Vor zwanzig Jahren wäre sicherlich ein Antrag, wie ihn Herr Heinken gestellt hat, allgemein mit Kopfschütteln aufgenommen worden. Warum sind heute die Ansichten allgemein so ganz anders geworden? Warum sind in den meisten großen Städten Bestrebungen im Gange, den Hausbesitzern durch Kapitalhergabe zu helfen? Das liegt daran, daß seitdem sich eine große Verschiebung in der Kapitalanlage vollzogen hat, daß die Kanäle, in die die gesparten Beträge hineinströmen, andere sind als früher. Deshalb sehen wir in den großen Städten diese kolossale Kalamität im Hausbau, unter der Bremen in erster Linie leidet. Ich mache darauf aufmerksam, daß der Bauplatz in Bremen in einer sehr bedenklichen Lage ist. Wir haben in den letzten Jahren so wenig Häuser gebaut, daß sie nicht mehr zureichen, die zuströmenden Menschen aufzunehmen. Und ich bin überzeugt, wenn das so weiter geht, werden wir in wenigen Monaten eine ganz erhebliche Wohnungskalamität haben. So ist jetzt allgemein die Ueberzeugung verbreitet, daß andere Mittel ergriffen werden müssen: der Staat muß zur Hilfeleistung herangezogen werden. (Sehr richtig!) Wenn Herr Gruner meint, in Preußen wäre das

anders, insofern, als dort besonders das Kapital der Versicherungsanstalten zur Verfügung stehe, so ist das ein Irrtum. Die Versicherungsanstalten haben mit der Staatsverwaltung nichts zu tun, sie verleihen die Kapitalien für sich. Sie lassen allerdings ihre Kapitalien zum Teil aus ähnlichen Gründen dem Grundbesitz zufließen. Aber sie können dem kleinen Hausbesitz nicht helfen, weil sie in gewisser Hinsicht gebunden sind durch Bestimmungen hinsichtlich der Sicherheit. Diese Kapitalien also kommen hier nicht in Betracht. Andere Städte haben mit den Summen, die sie für zweite Hypotheken hergeben, gute Erfahrungen gemacht.

In Bremen stecken in den Häusern bis 15 000 M Wert allein gegen 20 Millionen Mark zweite Hypotheken, wenn man darunter die Hypotheken in Höhe von 60 bis 80 % des Schätzungswertes versteht. Da ist allerdings das, was die Genossenschaft hat leisten können, in der Tat nur ein Tropfen auf einem heißen Stein. Wir müssen auf dem Gebiete weiter kommen. Wir haben anfangs die Hilfe des Staates gescheut, wir wollten auf dem bisherigen Wege weiter arbeiten. Leider aber sind bisher unsere Bemühungen fehlgeschlagen, Großkapitalisten für die Sache noch mehr zu interessieren. Wenn Herr Gruner uns seine Unterstützung leihen will, wird es uns nur angenehm sein. Es wäre ja möglich, daß infolge einer Agitation in den Kreisen des Herrn Gruner uns größere Kapitalien zufließen. Das könnte dann ein Darlehen des Staates überflüssig machen. Vorläufig aber glaube ich nicht, das für die nächste Zeit erwarten zu dürfen. Der Staat kann hier wirklich ein gutes Werk tun, einen Notbestand zu mildern. Ich bemerke noch, daß eine Verzinsung erfolgen soll, deren Höhe derjenigen entspricht, die der Staat selbst gewähren muß. Es handelt sich also nicht um einen Verlust für den Staat, sondern um die Anlegung von Geldern, bei denen tatsächlich kein Verlust zu gewärtigen ist.

Herr Otten: Ich will nur kurz bemerken, daß ich in der vorigen Sitzung auf die fortwährende Belastung des Immobilienmarktes hingewiesen habe. Diese Lage ist so geworden, daß es gar nicht anders geht, als daß der Staat endlich eingreifen muß. Ich hätte erwartet, daß es schon viel früher geschehen wäre. Aber ich glaube, die Herren an der Spitze haben keine rechte Uebersicht, sie können den Immobilienmarkt nicht übersehen. Ich kann Ihnen verraten, daß die Sache so ist, daß die Leute nicht einmal erste Gelder bekommen können. Die 100 000 M werden natürlich eine kleine Beihilfe sein, aber ausreichend sind sie lange nicht, da müßte der Staat mit ganz andern Mitteln eingreifen, wenn die Sache nicht über den Kopf gehen soll. Es ist richtiger, Gelder vom Staat für diesen Zweck herzugeben, als daß der Staat Baracken baut. Das wird er in nicht langer Zeit tun müssen.

Der Antrag Heinken wird angenommen.

Nr. V der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 25. Juni 1912:

1. Bauliche Änderungen im Gerichtsgefängnis zu Bremerhaven.

Herr Jäger: Herr Präsident! Meine Herren! Die Bewilligung des Betrages von 4200 M für bauliche Änderungen im Gerichtsgefängnis ist durchaus notwendig. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß Bremerhaven schon früher den Antrag gestellt hat, man möchte uns den Amtsgarten überweisen und für das Gerichtsgefängnis an der jetzigen Stelle einen Umbau vornehmen. Nun steht in der Vorlage, daß der Stadtrat kürzlich mit dem Antrage auf Ueberlassung des ganzen, dem Staate gehörenden Areals zwischen Karlsburg, Poststraße und Straße am Hafen hervorgetreten sei. Als wenn kürzlich der Stadtrat zum erstenmal damit hervorgetreten sei! Wenigstens könnte derjenige, der schnell über den Satz hinweggeht, die Auffassung haben, als wenn wir gewissermaßen die Schuld daran trügen, daß die Sache nicht vorwärts kommt. Wir haben aber schon im Jahre 1888 den ersten Antrag auf Ueberlassung des Areals gestellt. Im Jahre 1892 hat dann der Senat den Antrag auf Vergrößerung des Gerichtsgefängnisses gestellt, die Bürgererschaft hat das aber abgelehnt. Wäre der Vergrößerungsbau damals ausgeführt, so hätten wir jetzt die Schwierigkeiten nicht gehabt. Den Anspruch, den wir damals auf Ueberlassung des Grundstücks gestellt haben, müssen wir durchaus aufrecht erhalten. Aber so bedauerlich es nun ist, so ist es doch notwendig, für die Reparaturen des Gefängnisses 4200 M zu bewilligen. Wenn man aber unsern Antrag angenommen hätte, dann wäre das neue Gefängnis längst fertig und wir brauchten die 4200 M jetzt nicht zu bewilligen.

Herr Gruner: Herr Präsident! Meine Herren! Es wird nichts übrig bleiben, als die beantragte Summe zu bewilligen, denn der Zustand des Gefängnisses kann nicht so bleiben. Aber daß wir das tun müssen, ist höchst bedauerlich. Die Kommission für den Neubau hat in langen Sitzungen gearbeitet, ohne zu einem Resultat zu kommen, und ich spreche hier die Befürchtung aus, daß wir in absehbarer Zeit noch erheblich höhere Summen für das alte Gefängnis aufwenden müssen, wenn nicht schneller gearbeitet wird. Dasselbe ist in einem baulichen Zustande, den wir nicht lange mehr verantworten können, und es wird in baldiger Zeit daran gegangen werden müssen, erhebliche bauliche Aufwendungen zu machen, wenn die Kommission nicht bald zur Entscheidung kommt. Das ist auch im Berichte zwischen den Zeilen zu lesen. Deshalb möchte ich die Kommission bitten, soweit sie imstande ist, ihre Arbeiten zu beschleunigen, dies zu tun, damit wir nicht noch erst größere Aufwendungen für das alte Haus machen

müssen, und ich appelliere an die Bremerhavener Herren und bitte sie, außer ihren Bremerhavener Partikular-Interessen, auch das Staatswohl im Auge zu behalten. Ich bitte sie, das ihrige zu tun, daß unsere Staatskasse nicht übermäßig und unnötig in Anspruch genommen werden muß.

Herr Robert Meyer: Zunächst möchte ich auf diesen Appell an die Bremerhavener Herren einiges erwidern. Ich darf wohl betonen, daß die Bremerhavener Herren in der Kommission in keinem Stadium der Verhandlungen das Allgemeininteresse des bremischen Staates außer Augen gelassen haben und ihre Sonderinteressen vorgebracht haben. Ich möchte ferner darauf hinweisen, daß der Bericht, wie er vorliegt, nach meinen Wahrnehmungen voll und ganz das richtige trifft. Die Verhältnisse sind in bezug auf diese Frage derartig, daß die Lösung der einen Frage von der Lösung der andern Frage, die inzwischen sich in die Verhandlungen hineindrängte, abhängig wurde, und daher die Verzögerung. Ich wüßte nicht, wem ich die Schuld geben sollte für die Verzögerung, mit welcher der Bericht kommt. Es liegt keine Veranlassung vor, irgend einer Stelle Vorwürfe zu machen; die Verzögerung ist durch die Verhältnisse hervorgerufen. Aber nachdem die Frage aufgeworfen ist, ob Bremerhaven nicht das ganze Areal überlassen werden kann, und nachdem die Vorfragen, die hierfür zunächst zu erledigen waren, erledigt sind, namentlich, auf welcher Stelle ein anderes Areal für die Behörde aufzufinden war, konnten die übrigen Fragen erledigt werden. Wenn Sie sich einige Zeit gedulden, ich glaube, dann werden keine weiteren Kosten erwachsen für das alte Gebäude.

Der Antrag wird angenommen.

2. Inventar für das Pathologische Institut.

Herr Dunkel: Die Baukommission hat keine Einwendungen zu machen.

Herr Böttcher: Der Senat ersucht, dem Antrage zuzustimmen; die Finanzdeputation stellt anheim. Das heißt auf deutsch: wenn Sie es annehmen, ist es gut, wenn Sie es ablehnen, ist es besser. Aber wir haben A gesagt, dann müssen wir auch B sagen und den Antrag genehmigen. Ich möchte aber doch bitten, daß uns in Zukunft das schon früher gesagt wird, wieviel annähernd die ganzen Kosten betragen. Wir können dies nicht vergleichen mit dem Bau von Schulen. Da wissen wir, daß das Inventar noch nachkommt. Dieser Bau ist wünschenswert, aber nicht absolut notwendig. Er hat 200 000 M. erfordert. Aber man wußte nicht, daß noch 50 % hinzukommen, genau sind es 94 600 M. Das steht in keinem Verhältnis zu dem Bau, und da wäre es nicht mehr als recht und billig gewesen, daß uns seinerzeit reiner Wein eingeschenkt und gesagt wäre, es würde sich auf

ungefähr 300 000 M. stellen. Herr Professor Tjaden selbst hat sich geäußert im April vorigen Jahres: „Unter Umständen müsse man das „theoretisch Wünschenswerte“ vor dem „praktisch Durchführbaren“ (wegen der Finanzen) zurückstellen.“ Diesen Rat hätten wir dann hier vielleicht befolgt.

Ueber die ganze Vorlage will ich mich nicht weiter äußern und empfehle, sie anzunehmen. Aber in Zukunft sollte uns die ganze Summe der Kosten genannt werden. Dann revidiert man vielleicht auch seine Ansicht beizeiten.

Der Antrag wird angenommen.

3. Wissenschaftliches Inventar des Pathologischen Instituts.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

4. Errichtung neuer Beamtenstellen bei der Zollverwaltung.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

5. Bessere Verwertung der Baumwollschuppen Nr. 12 und 13 in Bremerhaven.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

6. Verlegung von Gas- und Wasserleitungen auf dem früheren Rickmers'schen Grundstücke in der Vahr.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

7. Vertretung in den Geschäften des Gesundheitsrats.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

8. Anschaffung der für bremische Behörden erforderlichen Schreibmaschinen und Fahrräder durch eine Zentralstelle.

Herr van der Ende: Gegen die Vorlage habe ich selbstverständlich nichts einzuwenden, nur möchte ich die Bürgerchaft ersuchen, in Zukunft bei der Vergabung dieser Maschinen auch hiesige Händler berücksichtigen zu wollen. Leider hat sich das Bestreben bemerkbar gemacht — wenigstens sind solche Klagen eingegangen bei der Kleinhandelskammer —, daß man bei solchen Bestellungen den hiesigen Kleinhandel nicht berücksichtigt hat. Wenn es gilt, Einnahmen und Steuern für den Staat zu bezahlen, dann wird der Kleinhandel in erster Linie und in hervorragender Weise herangezogen. Ich erinnere daran, in welcher Weise der Kleinhandel bei der Kanalsteuer belastet ist. Ich brauche das nicht weiter auszuführen. Auch bei der Grund- und Gebäudesteuer, bei der Beleuchtung

mit Gas oder elektrischem Lichte trägt der Kleinhandel einen großen Teil der Einnahmen des Staates. Aus diesem Grunde ist es wohl berechtigt zu fordern, daß er auch bei der Vergebung von derartigen Aufträgen berücksichtigt wird. Wenn eine Ausschreibung unter den hiesigen Geschäftstreibenden und den hiesigen Gewerbetreibenden stattfindet, dann bin ich fest überzeugt, daß dieselben auch das ihrige tun würden und der Staat dabei ebenso gut fahren würde, wenn er die Aufträge hier erteilte, als wenn er nach auswärts gehen würde. Selbst bei der kleinen Preisdifferenz sollte er die hiesigen Gewerbetreibenden und Geschäftsleute bevorzugen. Es ist das bei einer früheren Gelegenheit hier schon zum Ausdruck gebracht worden. Ich erlaube mir, folgenden Antrag zu stellen und bitte ihn anzunehmen.

Sie spricht dabei den Wunsch aus, daß bei der Beschaffung von Schreibmaschinen und Fahrrädern, die Bremer Gewerbetreibenden nach Möglichkeit berücksichtigt werden.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Herr Sanders: Es gibt jetzt viele Geschäftsleute, die vermieten diese Fahrräder. Ich möchte bitten, daß die Deputationen auch die Fahrräder mieten.

Herr Robert Meyer: Ich kann wohl sagen, daß ich die Ausführungen des Senats in der Vorlage voll und ganz billigen kann. Die Art und Weise, wie die Fahrräder zur Beschaffung und Verwendung kommen sollen, findet ganz meinen Beifall. Desgleichen würde ich nichts gegen die Art und Weise haben, wie die Schreibmaschinen zu beschaffen sind. Doch möchte ich hinweisen, daß bei der verschiedenen Beschaffung die städtischen Kleinändler so gut wie gar nicht berücksichtigt sind. Es sind mir darüber gewisse Angaben gemacht. Ich halte das für durchaus verfehlt, und ich muß meinen, wenn staatliche Bureau's das Bedürfnis an Schreibmaschinen und an Fahrrädern sowie an Schreibmaterialien haben, dann sollte der Kleinhandel in genügender Weise herangezogen und berücksichtigt werden, wenn er nicht höhere Preise fordert, als andere. Es ist in Bremerhaven Usance geworden, daß die Kleinändler an die Amtskanzleien nicht liefern. (Zuruf: Nicht zu glauben!)

Herr Dr. Feldmann: Ich möchte die Bürgerschaft bitten, auf den Antrag von Herrn van der Emde nicht einzugehen. Bei Annahme des Antrags würde es so aussehen, als wenn unsere Verwaltungen die Interessen der Gewerbe und des Kleinhandels nicht kennen. Das ist nicht richtig. In allen Deputationen, in welchen ich tätig gewesen bin, das kann ich sagen, sind alle Lieferungen soweit als möglich an bremische Händler vergeben worden. Allerdings sind Fälle vorgekommen, in denen wegen einer kleinen Differenz von ein paar hundert Mark bei einem Objekt von 20 000 oder 30 000 M Lieferungen nach auswärts

vergeben worden sind, das ist vorgekommen, und das tadle ich im höchsten Grade. Aber im allgemeinen herrscht in unsern Deputationen die Ansicht, daß diese Lieferungen soweit als möglich an bremische Lieferanten gegeben werden sollen.

Herr Otten: Ich weiß nicht, ob die Ausführungen von Herrn van der Emde oder die von Herrn Dr. Feldmann richtig sind. Die Ausführungen des letzteren möchte ich als richtig annehmen. Ich möchte bitten, den Antrag von Herrn van der Emde zu ändern und statt „bevorzugen“ zu sagen „nach Möglichkeit zu berücksichtigen.“

Herr van der Emde: Mit dem Antrage von Herrn Otten bin ich einverstanden und bitte, meinen Antrag dementsprechend abzuändern.

Der Antrag von Herrn van der Emde wird in der abgeänderten Form angenommen.

Präsident: Im übrigen nehmen wir den Bericht dankend entgegen.

Nr. VI der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 27. Juni 1912:

**Jahresbericht des
Chemischen Staatslaboratoriums zu Bremen
für die Jahre 1910 und 1911.**

Präsident: Anträge sind in dem Berichte nicht enthalten.

Es meldet sich niemand zum Worte.

Präsident: Dann nehmen wir den Bericht dankend entgegen.

Nr. VII der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 28. Juni 1912:

4. Angestellte der Kammer für Kleinhandel.

Herr Dr. Scherer: Die Juristische Kommission hat nichts zu erinnern.

Der Gesetzentwurf wird angenommen.

5. Ankauf eines Grundstücks bei den drei Pfählen.

Herr Dr. Scherer: Die Juristische Kommission hat nichts zu bemerken.

Herr Kalms: Die Bürgerschaft hat bei der vorigen Verhandlung über diesen Gegenstand wohl weise gehandelt, daß sie eine nochmalige Prüfung beschloß. Es ist dadurch eine Ersparung von 43 000 M gemacht. Wenn das nicht geschehen wäre, so würden wir 43 000 M mehr bezahlen müssen. Es

beweist das, daß bei einem solchen Ankaufe die Sachen genau geprüft werden müssen und man auf diese Weise manches für den Staat sparen kann.

Der Antrag wird angenommen.

6. Aufstellung eines Telephonhäuschens auf dem Bahnhofsplatz.

Herr Rötting: Es tut mir leid, daß ich in dieser Angelegenheit noch einmal das Wort ergreifen muß. Als ich seinerzeit, als die Aufstellung des Telephonhäuschens auf dem damals angezeigten Platze in den Anlagen beantragt wurde, diesen Antrag bekämpfen mußte, wurde von seiten des Herrn Lauts der Wunsch geäußert, die Sache der Stadterweiterungsdeputation zu übertragen; die würde einen geeigneten Platz vorschlagen. Sie hat die Sache geprüft und ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß es auf dem von ihr vorgeschlagenen Platze auf dem Dreieck östlich der Badeanstalt am besten stehen würde. Ich erlaube mir, anderer Ansicht zu sein. Dieser Platz befindet sich direkt vor dem Herdentorsteinweg. Der direkte Weg vom Herdentor zum Bürgerpark und Parkviertel geht an diesem Dreiecke vorüber. Auf diesem Platze stehen eine Trinkbude, eine Anschlagssäule und eine Bude für den Fruchthandel in einer Reihe, dazu soll das Telephonhäuschen kommen. Es würde eine chinesische Mauer vor den Herdentorsteinweg gebaut werden. Es hat schon sehr viel böses Blut gemacht, als seinerzeit der Anbau an der Badeanstalt gemacht wurde, und dadurch der Verkehr vom Bahnhofe durch den Herdentorsteinweg abgelenkt und durch die Bahnhofstraße gelenkt ist. Die Geschäftsleute und die Hotels, die auf den Verkehr angewiesen sind, würden sich freuen, wenn dieser Platz frei bliebe oder wenn er ganz verschwinden würde, so daß der direkte Eingang in den Herdentorsteinweg wieder hergestellt würde. Sie würden auch nicht böse sein, wenn die Badeanstalt dort ganz verschwinden könnte. Sie werden alle den Artikel in den Bremer Nachrichten gelesen haben, in welchem ausgeführt ist, daß die Badeanstalt vor dem Bahnhofe keine Zierde ist. Ich habe nun verschiedene Plätze vorgeschlagen. Ich habe in erster Linie den Platz neben der Wartehalle der Straßenbahn in Vorschlag gebracht. Daß diese fast gar nicht benutzt wird, werden Sie alle wissen. Sollte diese Halle von der Straßenbahngesellschaft nicht hergegeben werden, weil sie deren Eigentum ist, so ist neben dieser Halle, wo die Kohlen in die Badeanstalt eingeführt werden, ein sehr guter Raum, wo das Telephonhäuschen stehen könnte. Herr Lauts meint, im Verkehrsinteresse könnte das Häuschen nicht dahin kommen, auch müßten die Kutscher dann über die Schienen der Straßenbahn gehen. Aber das sind doch keine Kinder mehr: es sind ausgewachsene Menschen. Sehen Sie doch die Schulkinder an, die zur Stadt kommen und in die

Schule müssen, die müssen doch auch die Schienen überschreiten, wenn sie vom Bahnhof kommen. — Es sind große Ausbuchtungen zu den Seiten des Bahnhofes. Ich habe diese vorgeschlagen und meine, da könnte das Häuschen gut stehen, wenn auch nicht in dem Umfange, wie die Zeichnung ergibt. Es könnte einfacher und schöner gemacht werden, als dort auf der Zeichnung. Ich habe einen Platz neben dem Museum vorgeschlagen. Es wäre vielleicht auch sehr gut gegangen, z. B. einen Platz unter der großen Treppe zum Museum zu nehmen. Da hätte es sicher nicht geniert. Ich schlage jetzt des weiteren einen Platz am Bahndamm vor. Sie wissen alle, daß der Tunnel verlängert und daß er schräg gelegt wird, damit man die Ecke vom Lloydgebäude nicht sieht, wodurch unsere Anlagen so verunziert werden; dann wird vom Lloydgebäude ein Durchgang unter dem Bahndamm durch nach dem Bahnhofsplatz und direkt auf den Droschkenhalteplatz zu geschaffen. Neben dem Ausgange des Lloydgebäudes und dem Bahnhofs ist ein großer Platz. Da steht ein Brunnen, der zum Tränken der Pferde dient. Wenn nun das Telephonhäuschen direkt neben dem Ausgang gebaut würde, so stände es niemand im Wege, und den Droschkenkutschern würde es sehr angenehm sein, denn näher können sie gar nicht herankommen; sie brauchten dann auch keine Gleise zu überschreiten. Ich möchte dringend bitten, diesen Platz ins Auge zu fassen. Herr Lauts sagt, das ginge nicht, weil dort das Portal zum Fürstensalon sei. Dies Portal liegt weit weg und wir wissen alle, daß der Kaiser nicht auf diesen Platz kommt. Ich glaube, das Telephonhäuschen stände da noch besser, als bei der Badeanstalt. Es stände dann direkt am Bahnhofs und wäre vom Fürstensalon gar nicht zu sehen. Ich bitte so zu entscheiden, daß das Telephonhäuschen neben dem Lloydgebäude erbaut wird. Dann werden die Anwohner des Bahnhofsplatzes, Herdentorsteinweg und der Weide, sowie die Droschkenkutscher auch zufrieden sein.

Präsident: Stellen Sie einen Antrag?

Herr Rötting: Ja, gewiß, die Vorlage an die Deputation für die Stadterweiterung zurückzuverweisen.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Herr Böttcher: Herr Präsident! Meine Herren! Den Ausführungen des Herrn Rötting habe ich nicht viel hinzuzufügen. Ich bin der Ansicht, daß die Droschkenkutscher ein Telephonhäuschen haben müssen. Das ist erwünscht im Interesse der Kutscher und im Interesse des Publikums. Wenn der Platz, das Dreieck bebaut würde, so wäre das sehr bedauerlich. Auf dem Plan dort ist ja dafür ein kleines rotes Viereck eingezeichnet, und das sieht aus, als wenn das Häuschen da nicht im Wege stände. Betrachtet man aber die Zeichnung und die Maße genauer, so wird man staunen, wieviel Platz das Häuschen einnimmt. Auch

ich halte den Platz dicht am Bahnhof für richtiger. Die Droschkentutcher brauchen da nicht weit zu gehen, dem Publikum ist der Platz auch angenehm, und ich bin überzeugt, die Verkehrspolizei und die andern Organe, die da mitzusprechen haben, werden es befürworten, wenn das Häuschen hart am Bahnhofsgelände gebaut wird. Ich möchte die Regulierungsdeputation bitten, den Platz noch in Augenschein zu nehmen, sie wird zu der Ueberzeugung kommen, daß das der beste Platz ist.

Herr Theilen: Herr Präsident! Meine Herren! Wie ich über die Sache denke, habe ich in der ersten Beratung ausgeführt, und ich brauche nichts mehr hinzuzusetzen. Ich möchte nur noch erwähnen, daß das Bedürfnis nach einem solchen Häuschen immer dringender geworden ist, und es wäre zu wünschen, daß die Sache heute zum Schluß kommt, die jetzt schon weit über ein Jahr spielt. Herr Rötting hat seine Ausführungen selbstverständlich als Vertreter des dortigen Bezirks gemacht. Aber das kleine Häuschen hindert den Verkehr durchaus nicht, sonst hätte auch schon der Pavillon, die Selterswasserbude, den Verkehr gestört. Und dieselben Herren, die jetzt gegen das Telephonhäuschen sind, haben mit voller Kraft dafür gesorgt, daß eine Frau mit einem Obststand dahinkam. Das ist doch ein greller Kontrast: einmal sorgen sie dafür mit allen erlaubten Mitteln, daß da solch ein Obststand hinkommt, aber für die Droschkentutcher wollen sie den Platz nicht hergeben. Ich habe das Vertrauen zur Bürgererschaft, daß sie endlich der Vorlage ihre Genehmigung geben wird.

Präsident: Herr Rötting, welchen Platz haben Sie in erster Linie vorgeschlagen?

Herr Rötting: Ich meine den Platz, wo der kleine Springbrunnen steht; es wird da jetzt der Lloydtunnel gebaut — links vom Tunnel nach dem Parkviertel.

Herr Lauts: Wenn man Herrn Rötting hört, muß man annehmen, als wenn die Deputation für die Stadterweiterung sich in dieser Sache überhaupt nicht bemüht hätte. Ich würde es lebhaft bedauern, wenn die Sache noch einmal an die Deputation zurückverwiesen würde. Wir haben bereits jeden der Plätze, die Herr Rötting vorgeschlagen hat, untersucht. Ich selbst habe vorgeschlagen, die Rampe zum Bahnhof zu nehmen, man hat mir aber bewiesen, daß das nicht gehe wegen der dortigen Neubauten, ein solches Häuschen könne dort nicht errichtet werden, auch die Eisenbahndirektion müsse um ihre Zustimmung gefragt werden. Und wie lange wird es noch dauern, bis die Bahnhofsanlagen dort fertig sind? Das dauert voraussichtlich noch mehrere Jahre, und so lange würde sich dann auch die Errichtung dieses Häuschens hinziehen. Es ist vorhin noch zur Sprache gebracht, daß

wir das bremische Gewerbe unterstützen möchten. Nun, unterstützen Sie die Droschkentutcher, indem sie das Häuschen endlich bekommen! Schieben Sie die Sache aber nicht auf die lange Bank, wo sie jahrelang liegen bleiben würde. Wir haben keinen andern Platz als den vorgeschlagenen. Herr Rötting sagte, die Badeanstalt müßte da weg und das Telephonhäuschen dürfe nicht auf dem Dreieck errichtet werden, weil es den Verkehr vom Herdentorsteinweg nach dem Bahnhof hindere. Bedenken Sie aber, daß zwischen der Badeanstalt und dem Dreieck eine Fahrbahn von 9 m Breite liegt, die in gerader Linie aus dem Herdentorsteinweg zum Bahnhof führt. Herr Rötting hat als Platz eine Nische an der Ecke der Badeanstalt vorgeschlagen. Wir haben den Platz ausgemessen: es geht nicht, der Platz ist zu klein! Gegen die Benutzung der Wartehalle spricht einmal, daß diese der Straßenbahn gehört, und ferner, daß die Polizei große Bedenken dagegen hat wegen der vielen sich bei der Umsteigestelle ansammelnden Menschen, durch welche die Droschken jedesmal hindurchfahren müßten, um zur Wartehalle zu gelangen. Dann der Platz am Museum. Abends fahren die Droschken von da fort nach der andern Seite, dann hat das Häuschen für sie also keinen Wert. Der einzige Platz, der übrig geblieben ist, ist der von uns vorgeschlagene. Dieser Platz soll dem Droschkenverein zunächst nur auf fünf Jahre verpachtet werden. Wenn es dann nicht geht, und die Entwicklung des Bahnhofsverkehrs es notwendig macht, muß das Häuschen wieder fort. Ich bitte, unserm Antrage zuzustimmen, damit die Sache endlich aus der Welt kommt.

Es wird Schluß der Debatte beantragt.

Rednerliste: Schelb, Krome, Schierenbeck, Rötting.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Herr Leymann: Ich möchte bitten, Herrn Schelb, den Erbauer des Lloydbahnhofs, noch Ausführungen machen zu lassen.

Der Schlußantrag wird abgelehnt.

Herr Schelb: Herr Präsident! Meine Herren! Ich bitte Sie ebenfalls, den Antrag des Herrn Rötting abzulehnen. Der Platz, den Herr Rötting in erster Linie vorschlägt, ist schon ins Auge gefaßt für ein Gebäude für die Kajütpassagiere des Norddeutschen Lloyd; das Gebäude wird von dem preussischen Eisenbahnfiskus ausgeführt an der Stelle, wo schon die Ausschachtungsarbeiten vorgenommen werden. Dort wird auch ein Fußgängertunnel gebaut, und dieses Häuschen würde sich zu dem großen Gebäude sehr schlecht ausnehmen. Ich will Sie aber nicht länger aufhalten und bitte Sie, die Vorlage anzunehmen.

Es wird Schluß der Debatte beantragt.

Rednerliste: Krome, Schierenbeck, Rötting.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Herr Schierenbeck: Nach den Ausführungen des Herrn Schelb bitte ich, den Schluß noch nicht zu belieben. Herr Schelb hat Ausführungen gemacht, nach denen die Bürgerschaft annehmen müßte, als wenn der ganze Bahndamm zugebaut würde. Das stimmt jedenfalls nicht, ich habe die Zeichnungen gesehen.

Herr Rötting: Ich möchte einen Antrag stellen. Nach den Ausführungen des Herrn Schelb möchte ich vorschlagen, daß das Häuschen neben der Wartehalle hinter der Badeanstalt errichtet wird. Mir ist mitgeteilt, daß die Verwaltung der Badeanstalt — — —

Präsident: Sie dürfen jetzt den Antrag nicht begründen.

Herr Rötting: Ich stelle also den Antrag, das Häuschen auf das Areal der Badeanstalt zu stellen neben das Wartehäuschen der Straßenbahn (Herr Lauts: Das geht ja nicht!) unter Zurückziehung meines ersten Antrages.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Herr Theilen zur Aufklärung des Tatsächlichen: Ich wollte nur sagen, daß es so ist, wie Herr Lauts

gesagt hat, daß die Polizeidirektion diesen Platz nimmermehr zugeben wird, den Herr Rötting jetzt vorschlägt.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Präsident: Es liegen zwei Anträge vor: der Antrag der Deputation und der Antrag des Herrn Rötting. Man kann nicht sagen, daß der eine dieser Anträge weiterginge als der andere. Darum werde ich über den Antrag der Deputation zuerst abstimmen lassen.

Der Antrag der Deputation wird angenommen.

7. Neue Feuerwache im Stadtteile Gröpelingen.

Herr Dunkel: Die Baukommission stimmt dem Antrage der Deputation zu, möchte aber bemerken, daß ihr die Ersparnis von 3000 M. sehr gering erscheint. Da ihr die Räume jetzt nicht mehr als zu groß erscheinen, will sie weiter keinen Antrag stellen.

Herr Garde: Namens der Dienstwohnungskommission habe ich zu erklären, daß sie nichts zu erinnern hat.

Der Antrag der Deputation wird angenommen.

Ich bitte die Herren vom Bürgeramt, hierherzutreten.

Schluß 8 Uhr 5 Minuten.

